

Gemeinschaftsschule steht nun im Zentrum der Reformdebatte

Nach dem Nein der SPD zum fünften Grundschuljahr konzentriert sich die Debatte über eine Schulreform jetzt auf die geplante Gemeinschaftsschule. Die Arbeitskammer ist dafür, der Realschullehrer-Verband dagegen.

Saarbrücken. Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) appelliert nach der Absage der SPD an ein fünftes Grundschuljahr an Ministerpräsident Peter Müller (CDU), nun auch die geplante Gemeinschaftsschule zu stoppen. VDR-Chefin Inge Röckelein erklärte, spätestens jetzt müsse Müller „die Reißleine ziehen“ und auch auf den „Rest“ der Schulreform verzichten. Sonst drohe „das bewährte Differenzierungssystem“ der Erweiterten Realschulen zu verschwinden.

Dagegen rief die Arbeitskammer die Parteien dazu auf, jetzt für die „Einführung einer zeitgemäßen Gemeinschaftsschule“ zu sorgen. Sie verwies darauf, dass die Saar-Schulen „noch immer zu viele Jugendliche nach ihrer Schulzeit ohne Abschluss entlassen“. Zudem gebe es im Saarland zu wenig Schulabgänger mit höherwertigen Schulabschlüssen. Daneben spreche auch der Bevölkerungs- und Schülerrückgang für strukturelle Reformen.

Der Chef der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), Reiner Braun, stellte in einem SZ-Gespräch klar, dass seine Partei eine Schulreform nicht kategorisch ablehnt. Vielmehr befürworte die SPD „echte Gemeinschaftsschulen mit einem integrativen Ansatz“. Braun bestand allerdings wie die Arbeitskammer darauf, dass die beiden geplanten Säulen des Schulsystems, das Gymnasium und die Gemeinschaftsschule, gleichwertige Angebote bereitstellen müssten. So dürfe die Gemeinschaftsschule bei den Oberstufenstandorten nicht benachteiligt werden.

Die Landeselterninitiative für Bildung teilte mit, dass die Unterschriftenaktion gegen das fünfte Grundschuljahr fortgesetzt wird. Schließlich sei diese Aktion auch als Appell zur Verbesserung der Unterrichts- und Lernqualität an den Schulen konzipiert. *nof*

Saarbrücker Zeitung,
4./5. September 2010